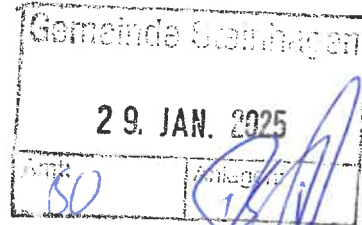


BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kirchplatz 20 · 33803 Steinhagen

An die Bürgermeisterin  
Frau Sarah Süß  
und den Rat der Gemeinde Steinhagen



**Fraktion im Rat der Gemeinde  
Steinhagen**

**Detlef Gohr**  
Fraktionsvorsitzender

**Geschäftsstelle**  
Kirchplatz 20  
33803 Steinhagen  
fon: 05204/4008  
info@gruene-steinhagen.de  
www.gruene-steinhagen.de

Steinhagen, 17. Januar 2025

Die Fraktion BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN stellt zum Rat am 12.02.2025 den folgenden Antrag:

**Der Rat der Gemeinde Steinhagen beschließt, dass die Bezahlkarte zur Erbringung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nicht eingeführt wird. Die in Steinhagen bewährte Lösung der Überweisung der Leistungen auf ein Bankkonto soll fortgeführt werden.**

#### **Begründung:**

Nach der Entscheidung der Ministerpräsident\*innen mit dem Bundeskanzler im November 2023 zur Einführung einer sogenannten Bezahlkarte ist eine heiße politische Diskussion entbrannt. Erhalten sollen die Bezahlkarte Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Die Möglichkeit zur Einführung einer Bezahlkarte wurde mit Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Mai 2024 eingeführt. Die Landesregierung NRW hat am Mittwoch, den 18. Dezember 2024, eine Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen. In der Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) [Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW] ist in §4 eine „Opt-Out-Regelung“ benannt, die es den Kommunen ermöglicht, aus dem Bezahlkartensystem auszusteigen.

#### **Wir sind der Meinung: Die beste Bezahlkarte bietet das Bankkonto!**

Die Einrichtung von (Basis-)Konten für die geflüchteten Menschen wird gut, praxisnah und unbürokratisch in Steinhagen umgesetzt und gelebt. Mit starken lokalen Partnern (hier der Sparkasse). Diese Lösung hat sich bewährt und unterstützt die Teilhabe der betroffenen Personen, in dem sie Zugänge wie zum Beispiel zum Deutschlandticket erhalten. Die Begrenzung des Barbetrags würde es den Betroffenen deutlich erschweren, in Geschäften oder auf Märkten einzukaufen, die keine (Debit-)Kartenzahlung bieten. Selbst kleine alltägliche Ausgaben –

beispielsweise Taschengeld für den Schulausflug der Kinder – würden zur Herausforderung werden.

Darüber hinaus würde die Einführung einer Bezahlkarte den Verwaltungsaufwand in der Kommune eher erhöhen als verringern. Bürokratieabbau sieht anders aus!

Die Umstellung auf ein komplett neues Modell bedeutet für die Verwaltung ein hohes Maß an Aufwand, zumal vor Ort erst einmal die (technischen) Voraussetzungen geschaffen werden müssten.

Insgesamt müsste die Gemeinde Steinhagen ein Parallelsystem zur Überweisung auf ein Konto einführen und dauerhaft bearbeiten.

Mit der Überweisung von Leistungen auf ein (Basis-) Konto, besteht jedoch bereits ein einheitlicher Prozess für alle Personen, die auf Asylbewerberleistungen / Sozialhilfe / Grundsicherung angewiesen sind. Eine zusätzliche Bezahlkarte ist bürokratischer Irrsinn, mit weitreichenden Folgen für die betroffenen Menschen UND die Verwaltung unserer Gemeinde.

Detlef Gohr  
Fraktionsvorsitzender

Fabian Drosselmeier  
Ratsmitglied